



Beschluss des Stadtrates

Sitzung vom 7. Dezember 2023

SRB.2023.985

Teuerungsausgleich für das Jahr 2024 / Änderungsanträge der GPK zum Budget 2024

Der Stadtrat bestimmt im Rahmen des Budgets auf Ende Jahr die Höhe des auf das Grundgehalt auszurichtenden Teuerungsausgleichs (Art. 46 PVO).

Gestützt auf Art. 46 PVO ist die Lohnsteigerung aufgrund des Landesindex der Konsumentenpreise auszugleichen; bei angespannter Finanzlage kann vom vollen Teuerungsausgleich abgewichen oder ganz darauf verzichtet werden. Als Grundlage für die Bemessung des Teuerungsausgleichs gilt der Indexstand Ende November (Art. 46 Abs. 1 PVO). Aufgrund der momentanen Prognosen sieht die Stadt Chur per 1. Januar 2024 eine Teuerungsanpassung vor. Die aktuelle Lohnabelle entspricht dem Indexstand per November 2022 = 107.0 Punkte (Basis: Dezember 2005 = 100 Punkte). Gemäss Angaben der Finanzen Steuern und Einwohnerdienste liegt der Indexstand auf Basis Dezember 2005 per Ende November 2023 bei 108.5 Punkten. Dies entspricht einer Veränderungsrate von +1.4 % gegenüber der geltenden Lohnabelle (107.0 Punkte). Der Stadtrat hat im Budget 2024 einen Teuerungsausgleich von 2 % aufgenommen. Dadurch ergibt sich eine Verbesserung gegenüber Budget von rund Fr. 700'000.--.

Aufgrund dieser Sachlage ist die Teuerungszulage für das Jahr 2024 auf 1.4 % festzulegen.

Nach Abschluss des Budgetprozesses informierte die Bus und Service AG (BuS AG) darüber, dass die Buslinie 9 voraussichtlich erst ab Dezember 2024 in den Regionalen Personenverkehr (RPV) aufgenommen und durch Bund und Kanton finanziert wird. Da er im Rahmen des Budgetprozesses bereits Kürzungen an den Abgeltungszahlungen an die BuS AG vorgenommen hat, erachtet er es als angebracht dem Gemeinderat eine Erhöhung des Betriebsbeitrags an die BuS AG um Fr. 335'395.-- auf insgesamt Fr. 3'885'395.-- im Budget 2024 zu beantragen. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass in Zusammenhang mit der BuS AG noch weitere Fragestellungen zu klären sind. Es betrifft dies bspw. die Schärfung des Budgetierungsprozesses, die Kapitalisierung und die Auswirkungen des neuen Auftrages im Engadin (Depot). Der Stadtrat beabsichtigt diese Fragestellungen separat abzuarbeiten.

Im Weiteren hat der Stadtrat den Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Budget 2024 vorberaten, er bestreitet keine Änderungsanträge der GPK. Er bringt aber den Hinweis an, dass er sich für die Erarbeitung der Legislaturziele die notwendige Zeit nehmen will. Vor dem Hintergrund des Legislaturwechsels und dem neu zusammengesetzten Stadtrat erachtet er es als nicht realistisch, Legislaturziele dem Gemeinderat bereits im ersten Quartal 2025 vorzulegen. Deshalb stellt der Stadtrat zu 6. *Übrige Anträge* der GPK den nachfolgenden Gegenantrag:

Erfolgsrechnung

Antrag GPK: Die GPK empfiehlt für die neue Legislatur 2025-2028 departementsübergreifende Legislaturziele zu erarbeiten und dem Gemeinderat im 1. Quartal 2025 zur Kenntnis zu bringen.

Gegenantrag Stadtrat: Die GPK empfiehlt für die neue Legislatur 2025-2028 departementsübergreifende Legislaturziele zu erarbeiten und dem Gemeinderat im 2025 zur Kenntnis zu bringen.





Beschluss

1. Die städtischen Gehälter werden ab 1. Januar 2024 um 1.4 % erhöht.
2. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat das Budget ER 2024, Konto 3634.04, Kostenstelle 70.9999 "Betriebsbeitrag Bus und Service AG" um Fr. 335'400.-- (gerundet) auf insgesamt Fr. 3'885'400.-- zu erhöhen.
3. Unter Berücksichtigung der Teuerungszulage für die städtischen Gehälter, der Erhöhung des Betriebsbeitrags Bus und Service AG, der Anträge gemäss GPK-Bericht ergibt sich bei einem Aufwand von Fr. 295'000'700.-- und einem Ertrag von Fr. 297'435'300.-- ein Gesamtergebnis (Gewinn) von Fr. 2'434'600.--. Daraus resultieren ein Finanzierungsfehlbetrag von Fr. 71'347'200.-- und ein Selbstfinanzierungsgrad von 18.1 %. Der Stellenplan beträgt 77'021 Stellen-%.
4. Der Stadtrat stellt dem Gemeinderat den Gegenantrag, für die neue Legislatur 2025-2028 departementsübergreifende Legislaturziele zu erarbeiten und dem Gemeinderat im 2025 zur Kenntnis zu bringen.

5. Mitteilung an

Gemeinderat
Geschäftsprüfungskommission
Geschäftsstelle der Pensionskasse
Personaldienste (PDA)
Personalkommission (mit separatem Schreiben)
Personalverbände (mit separatem Schreiben)
Departement Finanzen Wirtschaft Sicherheit (FWSS)
Departement Bildung Gesellschaft Kultur (BGKS)
Departement Bau Planung Umwelt (BPUS)
Finanzkontrolle (FIKOA)
Finanzen und Steuern (FISTS)

Namens des Stadtrates

Der Stadtpräsident

Urs Marti

Der Stadtschreiber

Marco Michel